

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 50/2016 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Gemäß verschiedenen Umfragen in Europa wünschen sich die Menschen mehr Mitspracherecht in politischen Fragen. Weil dieses vom Gesetzgeber nicht vorgesehen ist, gehen viele besorgte Menschen auf die Straße, um sich so Gehör zu verschaffen. Aktuelles Beispiel sind die großen Demos gegen das CETA- und TTIP-Abkommen vor allem in Deutschland und Österreich. Auch der Erfolg der Partei Alternative für Deutschland (AfD) dürfte vor allem dem Umstand zugeschrieben werden, dass sie mehr Mitspracherechte für das Volk einfordert. In der Schweiz ist dieses Mitspracherecht tief in der Tradition und der Schweizer Verfassung verankert. Doch was geschieht, wenn sich der Volkswille nicht mit dem Willen der Regierung deckt? Zum Beispiel in Bezug auf den EU-Beitritt. Kritische Stimmen behaupten, dass seitens hoher Schweizer Regierungs- und Wirtschaftskreisen insgeheim ein Beitritt in die EU angestrebt wird. Weil dieses Vorhaben jedoch gemäß aktuellen Umfragen in der Bevölkerung nicht einen Hauch einer Chance hätte, werde versucht dieses Ziel „schleichend“, das meint allmählich und fast unbemerkt beginnend, zu erreichen. Oder mit anderen Worten, das Schweizer Volk wird systematisch manipuliert und hintergangen. Diese Ausgabe zeigt auf, auf welchen Wegen dies geschieht.

Die Redaktion (brm./dd.)

Mit dem Rahmenvertrag schleichend in die EU

us./rs. Mit einem Rahmenvertrag will der Bundesrat die Schweiz an die EU „institutionell anbinden“. Das meint, dass die Schweiz sämtliche EU-Beschlüsse, die irgendwie mit bilateral* zwischen der Schweiz und der EU getroffenen Vereinbarungen in Zusammenhang stehen, automatisch übernehmen muss. Wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen der Schweiz und der EU entstehen, muss die Schweiz den EU-Gerichtshof als oberste, nicht anfechtbare Instanz der Rechtssprechung anerkennen. Sollte die Schweiz einen EU-Beschluss einmal nicht im Sinne Brüssels übernehmen, könnte die EU gegen die Schweiz Sanktionen, also Strafmaßnahmen, ergreifen. Weiter würde der EU die

Einsetzung eines EU-Überwachungsorgans zugestanden, das die Vertragstreue der Schweiz beaufsichtigen soll. Zusätzlich müsste die Schweiz, gleich wie die EU-Mitglieder, Jahresbeiträge nach Brüssel entrichten. Die Begründung des Bundesrates für diesen Souveränitätsverlust ist: Würde man Brüssel all dies nicht zugestehen, könnte die EU wichtige bilaterale Verträge mit der Schweiz kurzerhand annullieren. Allerdings ist es so, dass hauptsächlich die EU von den bilateralen Verträgen profitiert. Deshalb kann es kaum im Interesse der EU sein, der Schweiz die bilateralen Verträge zu kündigen. [1]

*In der Politik verwendet man das Adjektiv bilateral für Verhandlungen und Abkommen, die ausschließlich zwischen zwei verschiedenen Beteiligten stattfinden.

Schweizer Nationalrat missachtet Volkswillen

br. Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) vom 9.2.2014 wird in der Schweiz darüber debattiert, wie die MEI umgesetzt werden soll. Dabei war der Auftrag des Volkes klar und deutlich formuliert: Der erteilte Verfassungsauftrag verlangt unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Interessen den Inländervorrang, jährliche Höchstzahlen und Kontingente sowie eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung. Am 21.9.2016 stimmte nun die Mehrheit des Nationalrates dem Vorschlag der Staatspolitischen Kommission (SPK)* zur Umsetzung der MEI zu. Nun soll lediglich ein sogenannter „Inländervorrang light“ umgesetzt werden. Das bedeutet, die Arbeitgeber sind zu beauftragen, freie Arbeitsplätze

den regionalen Arbeitsvermittlungstellen (RAV) zu melden. Dadurch sollen in der Schweiz lebende Arbeitnehmer einen kleinen Vorsprung auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Regulierende Maßnahmen bei einer zu starken Einwanderung müsse der Bundesrat von der EU bewilligen lassen. De facto bedeutet der Entscheid des Nationalrates, dass der Verfassungsauftrag des Volkes ausgehebelt wird. Mit diesem neuen Kapitel der Umsetzungsfrage der MEI kann einmal mehr festgestellt werden, dass eine Mehrheit der Politiker nicht die Interessen des eigenen Volkes, sondern diejenigen der EU vertritt. [2]

*Die SPK setzt sich aus Mitgliedern des Nationalrates oder Ständerates zusammen und arbeitet Vorschläge zu politischen Geschäften aus, die dann dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden.

„Wer noch glaubt, dass die Volksvertreter das Volk vertreten, glaubt auch, dass Zitronenfalter, Zitronen falten!“

unbekannt

EU-Forschungsprogramm – Bundesrat unterschlägt Tatsachen

ma. In regelmäßigen Abständen wird vom Schweizer Bundesrat über die Medien folgende Position verbreitet, die Brüssel zugeschrieben wird: Wenn die Schweiz, gemäß dem Volksauftrag vom 9.2.2014 die Einwanderung selbstständig kontrolliere, dann werde die Schweiz umgehend vom EU-Forschungsprogramm „Horizon 2020“ und damit von Forschungsgeldern in dreistelliger Millionenhöhe ausgeschlossen. Doch woher bezieht Brüssel eigentlich all die Hunderte Millionen, welche die EU der Schweiz zu sperren androht? Die Schweiz überweist an die Gesamtsumme des EU-Forschungsprogramms nämlich mindestens den gleichen Betrag, den Schweizer Hochschulen aus dem EU-Forschungsprogramm erhalten. Sollte die EU also der Schweiz die Forschungsmillionen streichen, dann kann die Schweiz auch ihre Beiträge an das EU-Forschungsprogramm stoppen und direkt in die Forschungsprogramme der Schweizer Hochschulen investieren. Diese Tatsache wird der Schweizer Bevölkerung aber geschickt vorenthalten. Stattdessen schlägt der Bundesrat immer wieder mit der Angstkeule von verlorenen Forschungsmillionen um sich. [3]

Umfrage der Studienreihe „Sicherheit 2016“ der ETH Zürich:

Ja zum EU-Beitritt: 16%
(-5% gegenüber 2015)

Ja zur Neutralität: 95%
(unverändert)

Ja zur Armee: 84%
(+4% gegenüber 2015)

Ja zur NATO: 19%
(-3% gegenüber 2015) [4]

Quellen: [1] www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/frontalangriff_auf_die_direkte_demokratie-2827 | http://eu-no.ch/news/bilaterale-sind-massiv-ueberschaetzt_10
[2] <https://auns.ch/nationalrat-setzt-verfassung-ausser-kracht/> | www.kla.tv/8943 [3] www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/spitzenqualitaet_oder_buerokratiemief-2732 [4] www.css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-securities-studies/de/publications/sicherheit/details.html?id=/s/i/c/h/sicherheit_2016

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Beitritt zu NATO-Partnerorganisation ohne Volksabstimmung

mab. Die bald 20-jährige Mitgliedschaft in der NATO-Partnerorganisation „Partnership for Peace“ (PfP), machte es möglich, dass die neutrale Schweiz in den vergangenen Jahren immer wieder an NATO-Großmanövern teilnahm. So z.B. 2014 und 2016 an den gegen Osten gerichteten NATO-Kriegsmanövern „Jawtex“ in Norddeutschland. Die PfP-Mitgliedschaft der Schweiz ist nicht unumstritten. Dies zeigte sich schon 1996, als der Schweizer Bundesrat beabsichtigte, dem PfP beizutreten. Sowohl im rechten wie linken politischen Lager formierte sich heftiger Widerstand. Beide forderten, diesen für die Schweizer Neutralität folgen-schweren Entscheid dem Parlament und dem Volk vorzulegen. Doch weil der Bundesrat ein

Volks-Nein befürchtete, wollte er den Volksentscheid unter allen Umständen vermeiden. Dazu betraute der damalige Chef des Departements Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) Adolf Ogi einen vom Steuerzahler finanzierten „Spin-Doctor“* mit der Aufgabe, kritische Stimmen zu entkräften und einen öffentlichen Skandal zu verhindern. Mittels einer Werbekampagne für die „Friedenspartnerschaft“ ist dies bestens gelungen. Am 11.12.1996 konnte der damalige Außenminister Flavio Cotti das PfP-Dokument in Brüssel unterschreiben, ohne das Volk vorher befragt zu haben. [5]

* Mit verdeckter Manipulation führen „Spin-Doctors“ die Menschen in eine von ihnen resp. ihrem Auftraggeber beabsichtigte Richtung.

PfP* als Steigbügelhalter in die NATO

rs. Im Rahmendokument der NATO-Initiative „Partnership for Peace“ (PfP), sind u.a. folgende zwei Ziele definiert: „Entwickeln militärischer Kooperationsbeziehungen mit der NATO“ und „Aufbau von Streitkräften, die besser gemeinsam mit den NATO-Streitkräften operieren können“. Der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry sagte: „Der Unterschied zwischen einer NATO-Mitgliedschaft und einer

Beteiligung an der NATO-Initiative ‚Partnership for Peace‘ muss dünner gemacht werden als ein Blatt Papier.“ So erstaunt es nicht, dass die PfP auf Initiative der USA als Instrument geschaffen wurde, um die osteuropäischen und neutralen Staaten in die NATO einzubinden. Zwölf ehemalige PfP-Mitglieder sind inzwischen NATO-Mitglieder geworden. Namentlich sind das Albanien, Bulgarien, Estland, Kroa-

US-Denkfabrik empfiehlt Polen Cyber-Angriffe auf Russland

ro. Im Konflikt mit Russland spielt Polen als NATO-Partner für die USA eine entscheidende Rolle. Durch die geographische Nähe dient das mittel-osteuropäische Land als Standort für Soldaten, Raketenabschussbasen und als Nachschubweg für die NATO-Truppen im Baltikum und zudem für Material- und Waffenlieferungen in die Ukraine. Die US-Denkfabrik* Atlantic Council empfahl nun dem

polnischen Militär, seine Stärke im Cyberwar – sprich in der Computer-Kriegsführung – gegenüber den Russen zu demonstrieren. In ihrem strategischen Bericht** wurden „die Moskauer Metro, das Elektrizitätswerk von St. Petersburg oder die russischen staatlichen Medien wie RT“ für einen möglichen Angriff genannt. Genau dies würde aber die Spannungen auf dem europäischen Kontinent

CETA/TTIP-Demos unter der Lupe

hm./rb. Am europaweiten Aktionstag vom 17.9.2016 gegen CETA/TTIP gingen allein in sieben deutschen Großstädten laut Veranstalter insgesamt 320.000 Menschen auf die Straße. So erfreulich der Aktionstag für die Teilnehmer auch verlaufen ist, gilt es dennoch einige fragwürdige und beunruhigende Zusammenhänge bei den Unterstützern (z.B. Greenpeace und WWF) dieser Demos zu beachten.:

1. Die Gegenbewegungen kamen so richtig ins Rollen, nachdem die ARD die CETA-Geheimdokumente der Öffentlichkeit zugänglich machte. Ausgerechnet von der ARD, die aufgrund ihrer Nähe zur US-amerikanischen Lobbyistenbewegung „Atlantik-Brücke“ sich gefallen lassen musste, als Sprachrohr für US-amerikanische Machtinteressen kritisiert zu werden.
2. Ebenso verdächtig ist die Unterstützung durch Greenpeace, die vom US-Wirtschaftsoligarchen

David Rockefeller ins Leben gerufen wurde und dem WWF, der u.a. vom US-Wirtschaftsoligarchen George Soros finanziert wird. 3. Und ist es übrigens nicht auch merkwürdig, dass es zu diesen CETA-/TTIP-Demos keine gewalttätigen Gegendemos gab? Üblicherweise werden zu beinahe jeder Demo, die dem politischen und wirtschaftlichen Mainstream entgegentritt, Gegendemos von linksradikalen Gruppierungen, wie z. B. der Antifa organisiert. Damit sollen die Lager gespalten und gegeneinander aufgehetzt werden.

Fazit: Könnte es sein, dass durch die ARD im Verbund mit Greenpeace, WWF usw. die aufrichtige und arglose CETA-/TTIP-Gegenbewegung unterwandert wurde? Mit dem Ziel, diese zu kontrollieren und so zu steuern, dass letztendlich doch die Interessen der Wirtschaftsoligarchen und Weltfä-denzieher Rockefeller, Soros und Co. durchgesetzt werden? [8]

ten, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Damit ist die Rechnung der US-Administration aufgegangen, durch den NATO-Beitritt dieser ehemaligen PfP-Mitglieder, Russland immer mehr einzukreisen. [6]

* „Partnership for Peace“, Partnerorganisation der NATO

zweifellos noch weiter verschärfen. Soll Polen womöglich dazu benutzt werden, um den Krieg mit Russland auszulösen? [7]

*eine Organisation, die strategische und politische Szenarien auswertet, entwirft und Politiker berät
 ** „Alarmiert für Abschreckung: Wie Polen und die Nato einem wiedererstarkenden Russland begegnen sollten“ (Juli 2016):
www.atlanticcouncil.org/images/publications/Arming_for_Deterrence_web_0719.pdf

Schlusspunkt •

Mittels verdeckten Manipulationen werden die Menschen in eine beabsichtigte Richtung geführt. Spezialisten für diese Art von „Öffentlichkeitsarbeit“, sind die erwähnten „Spin Doctors“. In der Schweiz hat ein ehemaliger Bundesrats-sprecher und Vizekanzler zugegeben, dass der Bundesrat und seine Beamten unzulässige „Spin-Doctor-Methoden“ angewandt haben. Ein wirksames Mittel, um die Kraft dieser Manipulationsmethoden zu brechen ist, das ganze Volk darüber aufzuklären, z.B. durch fleissiges Verteilen der S&G.

Die Redaktion (brm.)

Quellen: [5] Referat „Schleicht sich die Schweiz in die NATO“ Dr. Daniele Ganser am 21.9.2016 Buch: „Spin doctors im Bundeshaus“, Judith Barben, Seiten 149-154 | www.zeit-fragen.ch/de/numbers/2016/no-18-23-august-2018/maintain-neutrality.html | www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2016/nr-8-12-april-2016/die-schweiz-ist-quasi-teil-der-nato-grossmanoever.html
[6] Referat „Schleicht sich die Schweiz in die NATO“ Dr. Daniele Ganser am 21.9.2016 | Buch: „Spin doctors im Bundeshaus“, Judith Barben, S. 155 | https://de.wikipedia.org/wiki/Partnerschaft_f%C3%BCr_den_Frieden **[2]** <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/08/17/us-denkfabrik-empfehl-polen-cyber-angriff-auf-russland/> | www.berlinjournal.biz/cyber-angriff-nato-russland/ **[8]** www.kla.tv/9050 | <http://homment.com/atlantikbruecke> | www.kla.tv/8061

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 30.9.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



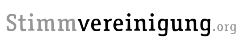
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv